

Anfrage Antrag

öffentlich

nichtöffentlich

Vorlage-Nr.: **104/09**

an die Stadtverordnetenversammlung Schwedt/Oder zur Sitzung am: 17. September 2009

Einreicher	Beantwortung;	<input type="checkbox"/> mündlich <input type="checkbox"/> schriftlich
BuBb - Fraktion	zur Vorberatung an:	<input type="checkbox"/> Hauptausschuss <input checked="" type="checkbox"/> Finanz- und Rechnungsprüfungsausschuss <input checked="" type="checkbox"/> Stadtentwicklungs-, Bau- und Wirtschaftsausschuss <input type="checkbox"/> Kultur-, Bildungs- und Sozialausschuss <input type="checkbox"/> Bühnenausschuss <input type="checkbox"/> Ortsbeiräte/Ortsbeirat
Eingangsdatum 25. August 2009		

Betreff: Fahrradständer am Bollwerk

Inhalt (beim Antrag Beschlusssentwurf und Begründung):

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Bürgermeister mit der Erarbeitung eines Vorschlages zur Errichtung von Fahrradunterstellmöglichkeiten/-abstellmöglichkeiten im Bereich des Bollwerkes zu beauftragen.
2. Der Vorschlag soll sowohl die bautechnische Leistung wie auch die Finanzierung umfassen.

Unterschrift

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt/e

im Mitteilungsblatt an die Stadtverordneten Nr.:

in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Schwedt/Oder am

Die Stadtverordnetenversammlung Schwedt/Oder hat in ihrer Sitzung am

den empfohlenen Beschluss mit Änderung(en) und Ergänzung(en) gefasst nicht gefasst.

F.d.R.d.A.

Begründung:

Der neu gestaltete Bereich des Bollwerkes hat sich in den letzten Jahren insbesondere in den Sommermonaten zu einem beliebten Treffpunkt der Schwedter und ihrer Gäste entwickelt. Zudem gewinnt die Region immer mehr Bedeutung im Bereich des Fahrradtourismus.

Aus Gesprächen mit Schwedter Bürgern hat sich als ein Hauptkritikpunkt im Bereich des Bollwerkes das Fehlen von Möglichkeiten zum geordneten „Parken“ von Fahrrädern herauskristallisiert.

Diesem Mangel sollte nach Möglichkeit entgegengewirkt werden, zumal die Region immer mehr Bedeutung im Bereich des Fahrradtourismus gewinnt.

Durch die offene Formulierung des Antrages soll der Verwaltung die Möglichkeit eingeräumt werden, einen in den Bereich passenden Vorschlag unterbreiten zu können.